

Sessionsrückblick, Dezember 2014

Die Dezembersession 2014 des Grossen Rates stand ganz im Fokus des Jahresprogrammes 2015 der Regierung sowie des Budgets 2015 mit integriertem Finanzplan für die Jahre 2016 - 2018 und des Wirtschaftsentwicklungsberichtes für den Kanton Graubünden. Weiter wurden verschiedene Gemeindegemeinschaften gutgeheissen, Nachtragskredite zur Kenntnis genommen, die Fragestunde abgehalten und eine Ersatzwahl für die Schlichtungsstelle für Gleichstellungssachen vorgenommen. Als Supplement gab es noch sechs Anfragen zu diskutieren und verschiedene Aufträge zu überweisen. Der Abschluss der Dezembersession galt Hansjörg Trachsel als scheidender Regierungsrat.

Die Umsetzung der kantonalen Volksinitiative „Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ (Teilrevision der Kantonsverfassung) wurde, bedingt durch den traurigen Todesfall der Frau unseres Regierungspräsidenten Mario Cavigelli, auf die Februarsession verschoben.

Eröffnung

In seiner Eröffnungsansprache zur Session 2014 wies der Standespräsident Duri Campell auf die Wichtigkeit des Tourismus und dessen Wirtschaftsleistung für den Kanton Graubünden hin. Er appellierte an die Politikerinnen und Politiker, die Sinnkrise des Tourismus mit politischen Massnahmen anzupacken. Die Politik habe die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die vorhandenen Angebote gepflegt und optimiert werden könnten. Er wies aber auch auf die noch zu verbessernde Servicequalität der Anbieter hin und wünschte sich von den Umweltverbänden eine erhöhte Kompromissbereitschaft ohne jahrzehntelange Diskussionen.

Jahresprogramm 2015

Die Regierungsziele fürs neue Jahr wurden vom Grossen Rat einstimmig zur Kenntnis genommen. Fragen und Anregungen aus der Ratsmitte gab es zum Zeitpunkt der Umsetzung der Gebietsreform, zur Motivation für die Ansiedlung von Firmen, zur Wasserkraft und zu möglichen Plänen der Regierung, den Einfluss der Umweltverbände bei Bewilligungsverfahren zu minimieren.

Budget 2015

Beim Eintreten ermahnte der GPK-Präsident die Grossrätinnen und Grossräte aufgrund der sich abzeichnenden steigenden Defizite in den nächsten Jahren von bis zu 100 Mio. Franken, sorgsam mit den Staatsfinanzen umzugehen. Das Eigenkapital mit rund 2.5 Mia. sei zwar sehr hoch und könne leicht zu Mehrausgaben verleiten. Davon sei aber dringend abzusehen. Das Kapital sei grossmehrheitlich an die Erfüllung der Kantonsaufgaben gebunden. Die liquiden Mittel von rund 500 Mio. seien aufgrund der anstehenden Projekte sehr rasch aufgebraucht.

Das Budget 2015 des Kantons weist in der Erfolgsrechnung ein Defizit von 55 Mio. aus. Darin enthalten sind ebenfalls die höheren Abschreibungen von 5.8 Mio. aufgrund des unter HRM2 aufgewerteten Verwaltungsvermögens und die separat finanzierten innovativen Projekte von 0.2 Mio. Ohne diese beiden Werte liegt das Defizit unter 50 Mio., was der Vorgabe des Grossen Rates zum Budgetdefizit entspricht.

Vor allem die Beiträge an Dritte und an das Gemeinwesen, wie Spitäler und Pflegeheime, belasten den Staatshaushalt sehr. So steigen diese Beiträge gegenüber dem Vorjahresbudget um rund 3.5 % auf 940.1 Mio. an. Sie neutralisieren den Mehrertrag aus dem Finanzausgleich des Bundes, welcher wegen des leider sinkenden Ressourcenindex unseres Kantons angestiegen ist. Von der Budgetierung eines Gewinnanteils der Schweizerischen Nationalbank wurde abgesehen, da diese

sehr wahrscheinlich aufgrund der geltenden Vereinbarung mit dem Bund auch fürs Jahr 2015 keine Ausschüttung vornehmen wird.

Bei den Steuern wird mit einem Rückgang des Ertrags bei den juristischen Personen und bei den Grundstücksteuern aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative gerechnet. Hingegen wird von einem deutlichen Anstieg des Steuerertrags bei den natürlichen Personen ausgegangen. Die Vorjahreshöhe im Fiskalbereich soll somit um 1,7 Mio. übertroffen werden.

Die Investitionen betragen brutto 438 Mio., 30 Mio. mehr als im Budget 2014. Mehr als die Hälfte der Investitionen betrifft Bauprojekte im Hoch- und Tiefbau.

Die eingangs angesprochenen und zu erwartenden Defizite beschäftigten alle Fraktionen während der Session. Wie diese Ausgabenüberschüsse abzuwenden sind, wurde hingegen kontrovers diskutiert. Die SP warnte vor Steuergeschenken beim Eigenmietwert und bei den Kapitalsteuern. Bei den bürgerlichen Parteien war vom allgemeinen Spardruck die Rede bis hin zu einem aus den Reihen der SVP geforderten Sparpaket mit der Aufforderung zur dringlichen Einhaltung der finanzpolitischen Richtwerte.

Der Wirtschaftsentwicklungsbericht

Nachdem die Kommission für Wirtschaft und Abgaben den Wirtschaftsentwicklungsbericht der Regierung bereits an sieben Sitzungen beraten hatte, wurde der Bericht mit den zuhanden der Regierung als Erklärung ergänzten Stossrichtungen auch im Grossen Rat während gut zwei Tagen sehr ausgiebig diskutiert. Hauptdiskussionspunkte bildeten die Bodenpolitik, die einzelbetriebliche Förderung und ein Rahmenverpflichtungskredit zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Möglichkeit des Kantons, Land an strategisch wichtigen Standorten für die Ansiedlung von Firmen zu erwerben, der Verzicht auf die einzelbetriebliche Förderung im industriell-gewerblichen Bereich mit Ausnahme von touristisch systemrelevanten und zentralen Infrastrukturen, die Stärkung der Tertiären Bildung, die Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers sowie den Gesundheitstourismus als innovativen Markt zu fördern, wurde vom Grossen Rat unterstützt. Die Bereitstellung eines Rahmenverpflichtungskredites über 80 Mio. Franken zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Unterstützung von Investitionen Dritter, die gezielt ausgerichtet auf Masterpläne funktionaler Wirtschaftsräume erfolgen sollen, fand ebenfalls Zustimmung. Weiter bejahte der Rat Steuererleichterungen als Instrument der einzelbetrieblichen Förderung weiterhin fortzuführen, um mit den Ostschweizer Kantonen und dem Tessin konkurrenzfähig zu bleiben und nahm den Wirtschaftsentwicklungsbericht im positiven Sinne zur Kenntnis.

Nachtragskredite

Am Mittwochmorgen nahm der Grosse Rat Kenntnis von 6 Nachtragskrediten, welche total eine Summe von 1.439 Millionen Franken auslösten. Teilweise konnten die Nachtragskredite innerhalb der entsprechenden Ämter kompensiert werden.

Fragestunde

Von der Fragestunde am Mittwochmorgen machten 14 Grossrätinnen und Grossräte Gebrauch. Sie haben zu aktuellen Themen wie zum Beispiel zur Bevölkerungsperspektive in Graubünden, zur Sonderjagd, zur Expo 2027 und zum Alleingang der HTW von der Regierung Auskunft erhalten.

Wahlen

Herr Peter Portmann, Rechtsanwalt aus Chur, wurde als Vorsitzender in die kantonale Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen gewählt.

Gemeindezusammenschlüsse

Gleich drei Fusionsprojekte wurden vom Grossen Rat beschlossen. Sie betrafen diesmal vor allem das Unterengadin, wo aus 9 Gemeinden 2 Gemeinden hervorgingen. Ardez, Ftan, Guarda, Scuol, Sent und Tarasp, vereinigten sich zur neuen Gemeinde Scuol mit 4725 Einwohnern. Flächenmässig zählt Scuol nun mit der erfolgten Fusion zur grössten Gemeinde der Schweiz. Lavin, Susch und Zernez vereinigten sich zur neuen Gemeinde Zernez mit 1597 Einwohnern. Im Calancatal schlossen die Gemeinden Arvigo, Braggio, Cauco und Selma zur Gemeinde Calanca mit 205 Einwohnern zusammen.

Aufträge und Anfragen

Mit dem Auftrag Toutsch wurde die Regierung aufgefordert, dem Grossen Rat Auskunft zu geben zu den einmalig und zu den wiederkehrenden Kosten im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplanes 21 und eine allfällige Verschiebung des Einführungstermins zu prüfen.

Der Auftrag Hug betreffend Ausscheidung des Gewässerraumes und Revitalisierungsplanung sowie der Auftrag Lorez-Meuli betreffend eine aktive Politik des Kantons zugunsten der Standorte der Armee und der Auftrag Casanova-Maron betreffend eine Anpassung der Bemessung von Unterstützungsleistungen wurden nach ausgiebiger Diskussion mit kleinen Anpassungen im Sinne der Regierung zur Weiterverarbeitung überwiesen.

Bei den Anfragen handelte es sich um den Mangel an Rettungssanitätern, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf kantonaler Ebene, um die Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten, welche in kurzer Zeit stark angestiegen sind, um den Service Public der sprachlichen Minderheiten, um den Kapazitätsengpass im Asylbereich und um die kantonalen Beiträge an Kindertagesstätten.

Abschied von Hansjörg Trachsel

Nach zehn Jahren Regierungsarbeit im Departement für Volkswirtschaft und Soziales wurde Hansjörg Trachsel am Donnerstag, am Schluss der Dezembersession, unter lang anhaltendem Applaus verabschiedet. Der Landespräsident würdigte die Arbeit seines Parteikollegen und dankte dem scheidenden Regierungsrat für seine grosse Arbeit zugunsten des Kantons.